

Zehn Wahlprüfsteine des NABU Rheinland-Pfalz

36 Fragen an Die PARTEI Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2021



Mit rund 62.000 Mitgliedern ist der NABU Rheinland-Pfalz der mitgliederstärkste Naturschutzverband in Rheinland-Pfalz. Themen des Natur- und Klimaschutz spielen eine immer größer werdende Rolle in der Wahlentscheidung der Bürger*innen. Daher wollen wir unseren Mitgliedern im Vorfeld der Landtagswahl ermöglichen sich von den Parteien, die zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz mit einer Landesliste antreten, und ihren Haltungen zu den wichtigsten naturschutzpolitischen Themen des Landes ein Bild zu machen.

Kontakt

NABU Rheinland-Pfalz

Tel. +49 (0)6131.140 39-0
Fax +49 (0)6131.140 39-28
Kontakt@NABU-RLP.de

Wahlprüfstein I: Landwirtschaft

Rund 42 % der Landesfläche werden in Rheinland-Pfalz landwirtschaftlich genutzt. Nicht zuletzt deshalb hat die Landwirtschaft wie kaum ein anderer Bereich großen Einfluss auf die Natur und unsere Umweltgüter Boden, Wasser und Luft. Die zunehmende Intensivierung der Landbewirtschaftung mit hohen Nährstoffüberschüssen und Pestizideinsatz hat leider auch zu großen Belastungen für Artenvielfalt und Umwelt geführt. Die Folge: ein dramatisches Insekten- und Vogelsterben, zu hohe Nitratwerte im Grundwasser und klimaschädliche Emissionen.

Wie will Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung ...

1. ... eine Erhöhung der Biodiversität und Strukturvielfalt in der Agrarlandschaft erreichen?



NABU-Fazit

Öffentliches Geld für öffentliche Leistung! Es ist wichtig, dass Landwirt*innen Förderungen für die Umsetzung von biodiversitätsfördernden Maßnahmen erhalten. Das Zusammenführen unterschiedlicher Akteur*innen kann gute Lösungen hervorbringen, wie andere Bundesländer (z. B. Niedersachsen) gezeigt haben. Die Landesregierung sollte jetzt die Chance ergreifen, auch ohne den Druck eines Volksbegehrens, einen solchen Weg einzuschlagen.

2. ... die Umsetzung von biodiversitätsfördernden Maßnahmen für Landwirte attraktiver machen?



NABU-Fazit

Die Parteien stimmen mit der Haltung des NABU darin überein, dass Landwirt*innen für biodiversitätsfördernde Maßnahmen mehr finanzielle Anreize erhalten sollten. Es bleibt aber offen, ob sie auch bereit sind, hierfür tatsächlich mehr Mittel als bisher bereitzustellen. Weitere wichtige Aspekte sind Ausbildung und Beratung sowie die Betrachtung der Vermarktungswege, die zurzeit eine nachhaltige Produktion oftmals erschweren.

3. ... den Grundwasserschutz in der Agrarlandschaft verbessern?



NABU-Fazit

Hier auf Verbote und verbindliche Regelungen zu setzen scheint aktuell der wirkungsvollste Weg. Besonders belastet ist die Region des intensiven Gemüseanbaus in der Vorderpfalz. Agrarumweltprogramme, die auf Freiwilligkeit beruhen, sind finanziell unattraktiv für die hochartragreichen Flächen des Gemüseanbaus. Preissteigerungen im Einzelhandel erscheinen zunächst reizvoll, würden aber nur zusammen mit verbindlichen Regelungen zur umweltschonenden Produktion tatsächlich Besserungen bewirken.

4. ... eine deutliche Reduktion des Einsatzes von Pestiziden in der Landwirtschaft erreichen? |



NABU-Fazit

Ein flächig wirksames Pestizidreduktionsprogramm ist erforderlich. Darin müssen Ziele der Mengen- und Toxizitätsreduktion für unterschiedliche Anbaukulturen formuliert sein. Die Entwicklung neuer Methoden ist nötig, um auch im Obst- und Gemüseanbau Fortschritte zu ermöglichen. Mehr Transparenz zu ausgebrachten Pestizidmengen ist ein hilfreiches Instrument zur Überprüfung der Zielerreichung. Einer Verlagerung der Lebensmittelproduktion ins Ausland, ist mit geeigneten Instrumenten entgegenzuwirken.

Antworten der Die PARTEI Rheinland-Pfalz auf die Fragen 1 bis 4: Nach

Machtergreifung packen wir die Biodiversitätskrise mit höchster Priorität an. Eintönigkeit ist weder in der ökologischen noch der politischen Landschaft gut. Der Anbau von Mono- muss durch Mischkulturen, Fruchtfolgen und regelmäßiges Brachliegen ersetzt werden, welche auch ohne Pestizide weniger schädlingsanfällig sind. Durch Flurbereinigungen wurden wertvolle Gehölzbestände (Hecken, Baumgruppen) vernichtet. Nist- und Ruheplätze natürlicher Prädatoren wie Vögel fehlen, auch Kinder finden kaum noch Plätze zum Versteckspielen in der Agrarwüste. Forschungsgelder sollen in die Entwicklung der „Landwirtschaft 4.0“ fließen: Drohnen und Roboter können die Arbeit großer Landmaschinen effektiver übernehmen, wodurch die Bewirtschaftung großer Felder ihren Vorteil gegenüber kleinen Parzellen mit verschiedenen Feldfrüchten verliert. Zudem können Dünger, Bewässerung und Pestizideinsatz genau dem Bedarf angepasst werden.

Die Industrialisierung der Landwirtschaft schreitet voran, kleine Höfe sterben, große werden größer. Eine weitere Stellschraube wäre eine Grunderwerbssteuer, die sich danach richtet, wie viel Land die/der LandwirtX bereits besitzt, sodass junge AgrarwissenschaftlerX, die nach dem Studium auf der Suche nach einem eigenen Hof sind, bevorzugt werden.

Statt Plastik-Mulchfolien auf Äckern zu verwenden, soll damit Julia Klöckner gefesselt werden, um Lösegeld von Nestlé und Bayer zu erpressen.

Grundwasser s. VI.

Wahlprüfstein II: NATURA 2000 und Gebietschutz

Mit Einführung der Fauna-Flora-Habitat-(FFH) und der Vogelschutzrichtlinie haben sich die EU-Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, das dramatisch voranschreitende Artensterben zu stoppen und damit zu beginnen, angeschlagene Ökosysteme wiederherzustellen. Die wichtigsten Arten und Lebensraumtypen sollen wieder in einen guten Zustand gebracht werden. Das neben den Vorschriften zum Artenschutz und zur Jagd wichtigste Instrument der Naturschutzrichtlinien ist NATURA 2000, das inzwischen weltweit größte Netzwerk von Schutzgebieten. Zuständig für die Umsetzung von NATURA 2000 in Deutschland sind die Bundesländer, mit Ausnahme der Meeresschutzgebiete in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ), die in der Kompetenz des Bundes liegen.

Wie will Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung ...

5. ... den konsequenten Schutz der NATURA 2000-Gebiete in Rheinland-Pfalz umsetzen?



NABU-Fazit

Die Zielerreichung der Europäischen Naturschutzrichtlinien scheitert in erster Linie an einem Umsetzungsdefizit. Eine finanziell ausreichend bestückte Umsetzungsstrategie ist hier dringend erforderlich. Darin enthalten muss auch die Schaffung von Personalstellen sein, damit die Umsetzung der Bewirtschaftungspläne mit Akteur*innen vor Ort besser kommunikativ und inhaltlich begleitet werden kann. Bauliche Eingriffe müssen stärker reglementiert und dürfen nur in Ausnahmen zugelassen werden.

6. ... die Umsetzung der Bewirtschaftungspläne befördern?



NABU-Fazit

Häufig kommt es bei der Umsetzung der Bewirtschaftungspläne zu Konflikten mit Nutzer*innen innerhalb der Gebiete. Die Nutzung ist oftmals, insbesondere in den Gebieten des Offenlandes, wichtiger Bestandteil der Schutzgebiete. Um Konflikte zielgerichtet aufzulösen, ist ein intensiver Dialog mit allen Beteiligten zu stärken.

7. ... das Monitoring der Europäischen Schutzgebiete verbessern?



NABU-Fazit

Das Monitoring, also die regelmäßige Erfassung der Bestände geschützter Arten, ist dringend auszubauen und finanziell gut auszustatten. Rheinland-Pfalz hat insgesamt eine der bundesweit schlechtesten Datenlagen zu Bestandsentwicklungen geschützter Arten. Viel zu oft verlässt man sich auf die Erhebungen durch ehrenamtliche Aktive. Das Monitoring ist zudem so auszubauen, dass Aussagen über die Bestandsentwicklungen auf Landesebene möglich sind.

8. ... das Schutzgebietsnetz (nicht nur NATURA 2000) in Rheinland-Pfalz weiterentwickeln?



NABU-Fazit

Die Vernetzung der Schutzgebiete muss gefördert werden, aber auch die Neuausweisung von Schutzgebieten darf nicht länger ein Tabu sein. RLP ist mit gerade 2 % der Landesfläche, die als Naturschutzgebiet ausgewiesen sind, Schlusslicht unter allen Flächenländern bundesweit. Hier besteht enormer Nachholbedarf. Die Einbeziehung verschiedener Akteur*innen in eine landesweite Konzeptionierung ist wünschenswert.

9. ... den Biotopverbund im Land weiterentwickeln?



NABU-Fazit

Der Biotopverbund muss gestärkt und landesweit durchgängig geplant werden. Nur so können lebensfähige Populationen erhalten werden und Arten sich wieder natürlich ausbreiten. Zwar ist der Biotopverbund auf Ebene der Regionalplanungen verankert, viel zu oft wird er aber durch bauliche Eingriffe dennoch zerschnitten. Die Etablierung von Querungshilfen, wie Grünbrücken, muss konsequent verfolgt werden.

Antworten der Die PARTEI Rheinland-Pfalz auf die Fragen 5 bis 9: Unsere Hochschulen bilden zahlreiche BiologX u. ä. aus. Vögelbeobachtungs- und Pflanzenzählpraktika können Online-Vorlesungen ergänzen, das Monitoring-Personal wird so massiv aufgestockt. Die Bildung einer bewaffneten Ranger-Staffel („Pfalz-Räinscha“) nach Vorbild des Virunga-Parks in der Demokratischen (!) Republik Kongo gewährleistet den Schutz sensibler Lebensräume.

Weiterhin fordert Die PARTEI den Stopp von Ausbauten (insb. der B10) und den Rückbau von Straßen zugunsten neuer Habitats, in die bestimmt die ein oder andere schützenswerte Art einziehen möchte (s. III).

Die meisten Tiere können oder wollen den Knopf an Fußgängerampeln nicht betätigen, daher werden zum Biotopverbund Grünbrücken über Straßen und Autobahnen flächendeckend eingeführt. Gerade die Umwandlung von Straßen in Lebensräume für Bakterien, Archaeen, Pflanzen, Tiere, Pilze und sonstige eukaryontische Minderheiten bietet enormes Potential zur Habitatvernetzung.

Wahlprüfstein III: Flächenversiegelung

Der Boden erfüllt lebenswichtige Funktionen für unsere Ökosysteme. Mit dem Verbrauch neuer Flächen für Verkehrs- und Siedlungszwecke und zunehmender Versiegelung gehen vor allem die Lebensraumfunktion des Bodens, die Fruchtbarkeit und die Wasserdurchlässigkeit des Bodens verloren. Zu den Folgen zählen der Verlust der Bodenfauna, örtliche Überschwemmungen bei starken Regenfällen, fehlende Grundwasserneubildung sowie städtische Wärmeinseln durch fehlende Verdunstungskälte. Mit den unbebauten Flächen und unversiegelten Böden als endliche Ressource muss also sparsam umgegangen werden.

10. Welche Ziele verfolgt Ihre Partei im Hinblick auf die Flächenversiegelung im Land?



NABU-Fazit

Das Ziel einer neutralen Flächenbilanz muss ambitioniert verfolgt werden. Hierzu sind landesplanerische Vorgaben mit konkreten Zielsetzungen zu machen. Kommunen müssen dabei begleitet werden, Strategien zur Erreichung neutraler Flächenbilanzen zu entwickeln. Auch ein Verbot von Schottergärten, sowie Grünerhalt- bzw. Begrünungskonzepte sind kommunal umzusetzen.

11. Wie wollen Sie Ihre Ziele umsetzen?



NABU-Fazit

Grundsätzlich fordert auch der NABU eine Innenentwicklung vor der Außenentwicklung. Aber auch in der Innenentwicklung darf wichtiges Stadtgrün nicht der Versiegelung zum Opfer fallen. Ökologische Stadtplanungen müssen einerseits Möglichkeiten zur Nutzung aufzeigen & gleichzeitig ökologischen Ansprüchen auch innerhalb der Gemeinden gerecht werden. Anreize und Gesetze sind so auszugestalten, dass Aus- & Umbau vor Neubau gefördert wird.

12. Wie steht Ihre Partei zur Fortführung des umstrittenen Paragraphen 13b des BauGB?



NABU-Fazit

Aus Sicht des NABU darf §13b BauGB nicht fortgeführt werden und ist abzuschaffen. Vielmehr müssen andere Konzepte entwickelt werden, um bezahlbaren Wohnraum auch im Innenbereich zu ermöglichen. Gerade Ortsränder zeichnen sich oft durch eine hohe Biodiversität aus, weshalb Planungen ohne entsprechende Berücksichtigung des Naturschutzes und Beteiligungsmöglichkeiten abzulehnen sind.

13. Welche Vorstellungen hat Ihre Partei von einer gelungenen Innenentwicklung?



NABU-Fazit

Moderne Dorf- und Stadtentwicklung muss, neben bezahlbarem Wohnraum, ökologische Aspekte mit einbeziehen. Die Nutzung von Bestandsimmobilien muss attraktiver sein als der Neubau am Ortsrand. Städtebauliche Konzepte mit ökologischem Fokus beziehen Grünflächen, Klimaschutz und Artenschutz am Gebäude mit ein und können so ein lebenswerten Wohnraum in Gemeinden ermöglichen.

Antworten der Die PARTEI Rheinland-Pfalz auf die Fragen 10 bis 13: In dieser Frage ist sich Die PARTEI uneins: Während der Grüne Flügel jedem Betonmischer grundsätzlich kritisch gegenüber steht (s. II), fordert der Graue Flügel lautstark: „Flächen zu versiegeln ist unerlässlich für unsere Infrastruktur. Wir wollen dem Trend der Zeit folgen und diese vorantreiben. Wozu in die Höhe bauen, wenn wir noch so viel Grau in die Welt tragen können? Außerdem wird die weitreichende Flächenversiegelung die Biodiversitätsdebatte deutlich beschleunigen.“ Der Grüne Flügel distanziert sich hiermit von dieser Aussage und fordert stattdessen den Rückbau von Straßen (s. II).

Zu §13b des BauGB fordern wir das Gegenteil dessen, was die FDP sagt. Wir sind schließlich keine Spaßpartei!

Eine innenfreie Autostadt schafft endlich Parkplätze für alle, die mit dem Auto Geschäfte besuchen wollen. Davon gibt es dann nämlich auch nicht mehr so viele. Die übrig gebliebenen Filialen gleicher Ketten werden mit Drive-In-Schaltern ausgestattet, um noch bequemes Einkaufen zu ermöglichen.

Wahlprüfstein IV: Waldschutz und nachhaltige Forstwirtschaft

Rheinland-Pfalz ist das walddreichste Bundesland Deutschlands. Gut 42 % der Landesfläche sind bewaldet, weshalb dem Waldschutz, und damit der nachhaltigen Bewirtschaftung von Wäldern hier im Land eine besondere Bedeutung zukommt. Wälder liefern den wichtigen und wertvollen Rohstoff Holz. Sie sind aber nicht nur unter dem Aspekt der Wertstoffgewinnung zu betrachten. Sie sind Lebensraum für unzählige Tier-, Pilz- und Pflanzenarten und spielen eine wichtige Rolle im Klimaschutz, sowohl als CO₂-Senken, als auch in ihrer Funktion im Klimasystem. Der dauerhafte Schutz und Erhalt dieser lebendigen Vielfalt ist ein wichtiges Ziel für die Gesellschaft, schließlich sind auch wir Menschen auf intakte Wald-Ökosysteme angewiesen.

14. Welche Pläne verfolgt Ihre Partei, um unsere Wälder und Forste klimastabiler zu gestalten?



NABU-Fazit

Die Klimastabilität der Wälder ist für Rheinland-Pfalz, als walddreichstes Bundesland, ein wichtiges Thema. Naturnaher Waldbau und die Stärkung des Waldes als Klimaschützer sind wichtige Schritte. Dabei können auch Förderungen Anreize liefern, diese müssen aber an bestehende und hochwertige Zertifikate, wie FSC gekoppelt sein. Höhere Naturschutzstandards sollten im Rahmen einer Förderung auch höher entlohnt werden, damit die gewünschten ökologischen Effekte erzielt werden.

15. Wie sollten Maßnahmen in Staats-, Kommunal- und Privatwald umgesetzt werden?



NABU-Fazit

Im Staatswald ist RLP durch seine FSC-Zertifizierung schon weit gekommen, es müssen aber auch für Kommunal- und Privatwald ambitionierte Ziele gesetzt werden, die mit entsprechenden Anreizen gekoppelt sein können. Konzepte, wie das BAT-Konzept müssen optimiert und flächendeckend umgesetzt werden. Forschungsprojekte zur Klimawirkung und Klimaanpassung unserer Wälder sind dringend umzusetzen.

16. Welche Flächenziele zur natürlichen Waldentwicklung verfolgt Ihre Partei?



NABU-Fazit

Der NABU fordert 10 % des Waldes der natürlichen Entwicklung zu überlassen, also jedwede Nutzung einzustellen. Da der Staatswald in Rheinland-Pfalz nur gut ein Viertel der Waldfläche ausmacht, muss entweder eine entsprechend größere Fläche des Staatswaldes unter Prozessschutz gestellt werden oder deutliche Anreize für den Kommunal- und Privatwald gesetzt werden.

17. Wie möchte Ihre Partei die Biodiversitätsziele in Wäldern erreichen?



NABU-Fazit

Rheinland-pfälzische NATURA 2000-Gebiete liegen größtenteils im Wald. Durch konsequente Umsetzung der Bewirtschaftungspläne kann hier viel erreicht werden. Die flächige Einführung von FSC, sowie andere Förderkonzepte können insbesondere für den Privatwald zusätzliche Anreize schaffen. Auch die flächendeckende Umsetzung und Optimierung des BAT-Konzeptes kann ein weiterer Baustein sein. Da der Besuchsdruk in einigen Wäldern enorm zugenommen hat, sind Lenkungs-konzepte zu entwickeln.

18. Welche jagdpolitischen Ziele verfolgt Ihre Partei?



NABU-Fazit

Der NABU unterscheidet zwischen Jagd, als nachhaltige Form der Nutzung, und Wildmanagement zur Vermeidung von Umweltschäden durch zu hohe Wildbestände. In Waldflächen mit natürlicher Entwicklung sollte weder Jagd noch Management stattfinden. Zur nachhaltigen Nutzung von Holz als natürlichem Rohstoff, ist das Management von Wild allerdings nötig. Vegetations- und Populationsgutachten können helfen, das Management gezielt und sinnvoll auszugestalten.

Antworten der Die PARTEI Rheinland-Pfalz auf die Fragen 14 bis 18: Anpflanzen von Baumarten, die besser auf Hitze und Trockenheit ausgelegt sind, macht Wälder klimastabil. Wir schlagen Mischwald aus Phoenix dactylifera (Datteln) und Olea europaea (Olive) vor, diese sind zusätzlich sehr lecker. Der Olivenbaum steht mit seinem Artepitheton zudem wie keine andere Art für das größte aller Projekte: Europa. Was für ein starkes Symbol, das unser Land aussenden könnte!

Wir fordern die Verstaatlichung von Privatwald. Wald ist Allgemeingut, das Naturerfahrung oder auch Holzgewinnung (wenn es sein muss) dienen soll. Wenn alles in kommunaler Hand liegt, können Waldentwicklungspläne zügig umgesetzt werden. Das Pflanzen der Setzlinge kann von bisher ungenutzten Arbeitskräften aus Pirmasens realisiert werden.

Der Białowieża-Urwald lehrt, dass Sich-einfach-mal-Raushalten das beste Rezept für einen gesunden Naturhaushalt sein kann. Weitere Maßnahmen: (a) Jäger entwaffnen, denn der Abschuss von Bambi und Co. aus vorgeschobenen Naturschutzgründen ist ein unverhältnismäßiger Eingriff in Ökosysteme; (b) Prädatoren wie der Wolf ersetzen natürlicherweise die Jagd – für ein positives Image brauchen wir Patenschaften; (c) Schafe sind so süß! Hier muss der Staat schützend eingreifen und SchäferXn Herdenschutzhunde zur Verfügung stellen; (d) Die Schweinepest kommt – hier dürfen die Verantwortlichen nicht den Kopf in den (Bunt-)Sand(-stein) stecken, wir brauchen den Impfstoff. Impfskeptiker unter Sus scrofa werden ins Saarland abgeschoben. (e) Die Funktion von Pilzen im Wald wird oft unterschätzt. Zur Maximierung der Bestände fordert Die PARTEI Winterfütterung mit Totholz. Auch braucht es Schutzgebiete, in denen das Sammeln zu Speisezwecken verboten ist. Denn in einem Steinpilz-Fruchtkörper passieren Dinge, die nicht jugendfrei sind, da sollten wir nicht stören!

Wahlprüfstein V: Klimaschutz und Energiegewinnung

Die Klimakrise ist weltweit spürbar. Sie beeinträchtigt die Lebensgrundlagen von Milliarden von Menschen und bedroht 20 bis 30 Prozent der auf der Erde vorkommenden Arten. Einerseits sind zwingend Maßnahmen zur Anpassung an den unvermeidlichen Klimawandel notwendig, andererseits müssen noch schlimmere Auswirkungen der Klimakrise vermieden werden. Deutschland steht auf Platz 6 der weltweit größten CO₂-Emittenten, daher kommt uns eine besondere Verantwortung zu, einen entsprechenden Beitrag zum Klimaschutz zu leisten – national wie international.

19. Welche Klimaziele verfolgt Ihre Partei für das Land Rheinland-Pfalz?



NABU-Fazit

Die Ziele des Pariser Klimaabkommens müssen eingehalten und ambitioniert verfolgt werden. Hierfür sind auch in Rheinland-Pfalz umfassende Maßnahmen in verschiedenen Sektoren nötig. Dabei sollte, viel mehr als bislang, der Fokus auch auf Einsparpotenziale gerichtet werden.

20. Welche CO₂-Einsparpotenziale sehen Sie im Land?



NABU-Fazit

Ohne engagierte Einsparziele, Förderprogramme und Beratungsangebote werden die Klimaschutzziele kaum erreichbar sein. Dabei sind die Einsparpotenziale sehr vielseitig und sollten möglichst flächig genutzt werden. Ein Treibhausgasbudget kann dabei helfen, den Ausstoß transparent zu machen und an den effizientesten Stellen zu reduzieren. Zertifikate sind nur dann sinnvoll, wenn die Preise entsprechend gestaltet werden.

21. Wie will Ihre Partei diese künftig besser nutzen?



NABU-Fazit

Das Land Rheinland-Pfalz hat ein sehr umfassendes Klimaschutzkonzept mit vielen guten Einsparungsmodellen. Allerdings finden diese Maßnahmen kaum einen Weg in die Öffentlichkeit. Energieeinsparung wird zu oft als unbeliebtes Thema abgestempelt. Wer Klimaschutz machen will, kommt an diesen Fragen aber nicht vorbei. Vorhandene Konzepte müssen viel mehr als bislang in die Umsetzung gebracht werden.

22. Wie möchte Ihre Partei CO₂-Senken künftig besser fördern?



NABU-Fazit

In Rheinland-Pfalz sind vor allem der Wald sowie landwirtschaftliche Flächen, hier insbesondere artenreiches Grünland, wirkungsvolle CO₂-Senken. Um diese Funktion zu stärken, müssen Bewirtschaftungsformen angepasst & Forschungsvorhaben, beispielsweise zum Humusaufbau in landwirtschaftlich genutzten Böden, vorgebracht werden. Moore sind in RLP nur wenige vorhanden, dennoch sollten die bisherigen Bemühungen im Moorschutz weiterverfolgt werden.

23. Welche Klimaziele verfolgt Ihre Partei im Verkehrssektor?



NABU-Fazit

Reduktion des Individualverkehrs, mehr Elektromobilität und kostenloser ÖPNV sind wichtige Maßnahmen im Verkehrssektor. Nach einem Jahr, in dem aufgrund der Pandemielage sehr viele Menschen von zu Hause gearbeitet haben, sollten auch neue Ansätze durchdacht werden. Die Nutzung von Homeoffice beispielsweise, kann den Individualverkehr deutlich reduzieren.

24. Welche Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien verfolgt Ihre Partei und welche Flächen sind hierfür nötig?



NABU-Fazit

Die Energiewende ist wichtiger Bestandteil des Klimaschutzes. Eine nahezu 100 %-ige Deckung des Strombedarfs mit erneuerbaren Energien ist zur Erreichung der Klimaziele nötig. Der hohe Flächenbedarf für erneuerbare Energien führt – insbesondere im Falle der Windenergie und Freiflächenfotovoltaik – auch zu Zielkonflikten mit dem Artenschutz, weshalb es einer übergeordneten Bedarfs- und Flächenplanung bedarf, die Klimaschutz und Artenschutz gleichermaßen berücksichtigt.

25. Welche Planungsebene ist Ihrer Meinung nach die geeignete, um diese Ziele umzusetzen?



NABU-Fazit

Um eine Vereinbarkeit mit den Zielen des Arten-, Natur-, und Landschaftsschutzes zu erreichen, ist die Planung auf Ebene der Regionalen Planungsgemeinschaften zwingend erforderlich. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass eine Verlagerung der Planung auf die kommunale Ebene nicht nur auf Kosten des Naturschutzes geht, sondern auch die Akzeptanz der Windenergie massiv beeinflusst und zu massiven Konflikten innerhalb vieler Gemeinden geführt hat.

26. Wie sollen die Ausbauziele mit dem Artenschutz in Einklang gebracht werden?



NABU-Fazit

Die Klimakrise und das Artensterben sind zwei globale Krisen, die gleichwertig behandelt werden müssen. Aus diesem Grund ist der Artenschutz auch im Zuge von Klimaschutzmaßnahmen gleichwertig zu berücksichtigen. Hierfür sind einheitliche Fachstandards zu entwickeln und umzusetzen, zudem müssen Behörden personell in die Lage versetzt werden, Planungsvorhaben effizient zu begleiten und hohe Qualitätsstandards zu sichern.

Antworten der Die PARTEI Rheinland-Pfalz auf die Fragen 19 bis 26: Wir wollen uns dem Trend hin zu mehr Klima anschließen. Statt leerer Worthülsen fordern wir konkret mindestens ein Klimaschutz mehr als die Grünen. Auch das 1,5°C-Ziel ist uns nicht genug. Wenn wir so weiter machen wie bisher, schaffen wir easy 15°C. Durch die Umwandlung von Straßen in hochwertige Habitats (s. III) oder die Einführung des Rohrpostprinzips für Ware und Mensch speziell in Städten sehen wir ein gigantisches Potential, CO₂ einzusparen. Die PARTEI fordert zur Erreichung der Klimaziele eine Moorquote von 10 % in Neubaugebieten.

Der Ausbau der Windkraft im Pfälzerwald ist gescheitert, wir wollen diesen Kampf nicht neu entfachen. Da der Erhalt des Landschaftsbilds eines der vorrangigen Argumente gegen Windräder war, schlagen wir vor, die Grenzen des Biosphärenreservats mit ebendiesen zu markieren, damit mensch genau weiß, wo X sich befindet.

Wahlprüfstein VI: Gewässerschutz

Obwohl sich die Qualität des Wassers seit Jahren verbessert hat, sind viele unserer Bäche und Flüsse in einem schlechten Zustand. Noch immer sind zu viele Bäche zu Kanälen ausgebaut, deren einzige Aufgabe es ist, den Abfluss des Regenwassers sicherzustellen. Statt über Stock und Stein fließt das Wasser hier in Rinnen und Kanälen. Steile Ufer und künstliche Betonbauwerke verhindern, dass Lebewesen wandern und sich so ausbreiten können. Sauberes Wasser alleine reicht also nicht aus – es kommt auch darauf an, wie und wo das Wasser fließt. Es fehlen natürliche Bachbettstrukturen, Materialien wie Kies und Totholz und eine standortgerechte, natürliche Ufervegetation. Der Klimawandel führt zu regional unterschiedlichen Veränderungen der Niederschläge in Menge und Zeitraum. Die letzten 'Dürrejahre' haben die Konkurrenz verschiedenster Nutzer (Landwirtschaft, Verkehr, Industrie, Haushalte) auf das elementare Gut Wasser deutlich gemacht. Regenrückhalt in der Fläche und Grundwasserschutz und -anreicherung gewinnen an Bedeutung.

27. Wie will Ihre Partei die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (auch mit Blick auf den Schutz des Grundwassers) gewährleisten?



NABU-Fazit

Der Gewässerschutz erfordert eine ambitionierte Umsetzungsstrategie und wirksame Förderinstrumente, um Renaturierungsmaßnahmen an Gewässern und insbesondere in den Auen voranzubringen. In Regionen mit hohen Nitratbelastungen scheint einzig eine strikte Nutzung des Ordnungsrechtes wirkungsvoll zu sein.

28. Wie will Ihre Partei die dringende Notwendigkeit eines intelligenten Wassermanagements erreichen?



NABU-Fazit

Über Jahre hinweg wurden Landschaften gezielt entwässert, um sie besser nutzbar zu machen. Nun müssen Instrumente geschaffen werden, die eine Wiedervernässung solcher Flächen fördern. Die vergangenen trockenen Jahre haben aber darüber hinaus auch gezeigt, wie wichtig ein gutes Wassermanagement ist. Unter Beteiligung verschiedener Akteur*innen sollte eine landesweite Konzeption erarbeitet werden, um die verschiedenen Aspekte der Nutzung und des Wasserschutzes besser zusammenzuführen.

Antworten der Die PARTEI Rheinland-Pfalz auf die Fragen 27 und 28: Die PARTEI will Kläranlagen aufrüsten, um Pharmazeutika und andere wertvolle Substanzen (Kontrazeptiva, Kokain...) zu recyceln. Verstöße gegen vorgeschriebene Abstände zu Gewässern bei Pestizidausbringung sollen konsequent geahndet werden; z. B. durch die Wiedereinführung des Prangers für uneinsichtige LandwirtX. Grundwasser ist v.a. durch Nitrateintrag bedroht. Neben synthetischen Düngern liegt die Ursache in der Gülle aus der Tierindustrie. Hier müssen die Nutztierbestände runter und mehr Gemüse auf den Teller. Da der von den Grünen geplante Veggie-Day heftige Gegenreaktionen provozierte, wollen wir Uneinsichtige mit einem Meat-Day dazu bewegen, aus Protest gegen den Zwang lieber einen veganen Krautsalat von zuhause in die Kantine mitzubringen. Zuletzt müssen verbaute Fließgewässer in einen naturnahen Zustand rückgeführt werden, es wird analog zum Bundesfreiwilligendienst (Bufdi) ein Gewässerrenaturierungsfreiwilligendienst eingeführt (Grufdi). Auch Biber können hier zum Einsatz kommen.

Erwartungsgemäß werden wir bei der Wahl unser bestes Ergebnis seit Kriegsende einfahren, wir rechnen mit 100 %+X. Die dadurch verursachten Tränen bei altbekannten Politdarstellern werden gesammelt und entsalzt, womit wir problemlos den Wasserbedarf der nächsten vier Jahre decken.

Wahlprüfstein VII: Artenvielfalt und Biodiversitätsstrategie

Biologische Vielfalt bezeichnet neben der Vielzahl der Arten auch die Vielfalt der Lebensräume und die genetischen Besonderheiten innerhalb der Arten. In ihrem Facettenreichtum bildet die biologische Vielfalt die existenzielle Grundlage des menschlichen Lebens. Tiere, Pflanzen, Pilze oder Mikroorganismen sorgen für sauberes Wasser, frische Luft, ein angenehmes Klima und fruchtbaren Boden für gesunde Nahrungsmittel. Aber die biologische Vielfalt ist hochgradig gefährdet, in Deutschland ebenso wie weltweit. Die Roten Listen, also die Verzeichnisse der gefährdeten, verschollen und ausgestorbenen Tier- und Pflanzenarten, Artengesellschaften und Biotoptypen, werden immer länger. Der Grund dafür liegt oftmals in der übermäßigen Nutzung der natürlichen Ressourcen und in der hohen Flächeninanspruchnahme, wodurch Lebensräume beeinträchtigt und zerstört werden. Aber auch der vom Menschen verursachte Klimawandel beeinträchtigt Arten und Lebensräume vor Ort. Das gefährdet die Lebensgrundlage der Menschen und den Nutzen biologischer Vielfalt für jeden Einzelnen.

29. Wie steht Ihre Partei zu einer ressortübergreifenden Biodiversitätsstrategie im Land?



NABU-Fazit

Eine ressortübergreifende Biodiversitätsstrategie ist unerlässlich. Eine Abstimmung über Ressortgrenzen hinweg, die aber letztlich keine verbindlichen Ziele für Ressorts jenseits des Umweltministeriums definiert, ist dabei wenig zielführend. So müssen beispielsweise auch in den Bereichen Verkehr und Bauen verbindliche Ziele als fester Bestandteil einer tragfähigen Biodiversitätsstrategie definiert sein. Ansonsten bleiben entscheidende Aspekte außen vor.

30. Wie möchte Ihre Partei dem Artenschwund im Land entgegenwirken?



NABU-Fazit

Rheinland-Pfalz benötigt eine umfassende Strategie zum Erhalt der Biodiversität. Dazu zählen nicht nur weitreichende Monitoringprogramme, die gezielte Artenhilfsprogramme erst ermöglichen. Ressortübergreifend müssen auch ambitionierte Ziele für Verkehr, Bauen und Landwirtschaft definiert werden. Mehr landeseigene Artenschutzprogramme müssen entwickelt und die Umsetzung durch ausreichend Personal sichergestellt werden.

31. Wie steht Ihre Partei zur Wiederansiedlung ehemals heimischer Arten?



NABU-Fazit

Für den NABU ist klar, dass Arten, die ehemals bei uns heimisch waren und von alleine wieder zurückkehren, wie der Wolf, unseren Schutz bedürfen. Für Konflikte müssen gemeinschaftliche Lösungen gefunden werden. Aktive Wiederansiedlung kann im Einzelfall für bestimmte Tierarten ebenfalls sinnvoll sein, wenn die Lebensraumbedingungen und gesellschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind.

32. Welche Artenhilfsprogramme plant Ihre Partei?



NABU-Fazit

In Rheinland-Pfalz fehlt es aktuell an großflächig und vor allem langfristig angelegten Artenhilfsprogrammen, die auch mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet sind. Es wird begrüßt, dass immer wieder Projekte zum Schutz einzelner Arten oder Artengruppen gefördert werden. Landeseigene Artenhilfsprogramme, die nicht an Förderzeiträume gebunden sind, können auf diese Weise aber nicht ersetzt werden.

Antworten der Die PARTEI Rheinland-Pfalz auf die Fragen 29 und 32: Der Erhalt der Biodiversität ist wichtig für die Resilienz von Ökosystemen gegenüber Stressoren und gewährleistet, dass wir auch in Zukunft von Ökosystemleistungen profitieren. Verlust der Biodiversität ist einer der Bereiche, der die planetaren Belastungsgrenzen bereits am stärksten überzieht. Grenzen, die nicht überschritten werden sollen, sind am effektivsten mit einer Mauer zu schützen. Trockenmauern stellen wertvolle Biotope für seltene Arten wie Eidechsen, Wildbienen usw dar. Mit Mauern verwandt sind Zäune, die in Verbindung mit extensiver Schafbeweidung Magerwiesen erhalten. Baumaterial für Zäune erhalten wir durch Rodung zur Schaffung von Streuobstwiesen und Offenland-Biotopen (z. B. für Kiebitz + Feldlerche).

Der Übernutzung landwirtschaftlicher Grünflächen sowie dem Mahdfetisch in Privatgärten muss Einhalt geboten werden. Da wir generell faul sind (E. Brok zu M. Sonneborn: „Faul, faul, faul, frech und faul“), schätzen wir es als leicht umzusetzende Maßnahme ein, Kommunen und GrundstücksbesitzX zu ermutigen, Grünflächen seltener zu mähen. Schottergärten sind zwar grau wie unsere Anzüge, aber lange nicht so schön und ökologisch katastrophal.

Die PARTEI fordert die Wiedereinführung von Wolf, Bär, Mammut und Säbelzahn tiger. Diese Arten wurden wie große Teile der Megafauna durch Menschen verdrängt und sollen durch ebendiesen wieder angesiedelt werden. Neben dem Tourismusfaktor hat dies zwei weitere Vorteile: Prädatoren ersetzen Jäger (s. IV) und Großherbivoren übernehmen die Mahd auf öffentlichen Grünflächen. Auch Wolpertinger sollen eingebürgert werden und in Schutzgebieten gemeinsam mit Elwetritschen leben.

Wahlprüfstein VIII: Beteiligungsrechte

Das Artensterben schreitet noch immer ungebremst voran, die Emissionen von Treibhausgasen steigen, wichtige Naturräume sind weit davon entfernt, das von der europäischen Staatengemeinschaft beschlossene Ziel eines „günstigen Erhaltungszustandes“ zu erreichen. Neben anderen Faktoren ein Grund: Unterschiedlichste Bauvorhaben mit ihren umfangreichen Eingriffen beeinträchtigen vor allem durch ihre Lage, Auswirkungstiefe und schlichte Größe die Natur und Umwelt. Naturschutzverbände können unter bestimmten Voraussetzungen gegen Genehmigungen oder Planfeststellungsbeschlüsse vor Gericht ziehen, wenn zuvor aus ihrer Sicht schriftlich formulierte Anregungen und Bedenken im vorgeschalteten Beteiligungsverfahren nicht im rechtlich nötigen Umfang in die Genehmigung Eingang finden.

33. Wie steht Ihre Partei zu den Beteiligungs- und Klagerechten der Naturschutzverbände?

Antwort der Die PARTEI Rheinland-Pfalz: Beteiligungs- und Klagerechte dürfen nicht eingeschränkt werden. Vorbild könnte Neuseeland sein, wo ein Fluss zur juristischen Person erklärt wurde, dem z. B. bei Gerichtsverfahren ein Pflichtverteidiger auf Staatskosten zur Verfügung gestellt wird. In Planungs- und Entscheidungsprozesse sollen mindestens so viele UmweltlobbyistX wie WirtschaftslobbyistX eingebunden werden.



NABU-Fazit

Eine Begrenzung oder gar Abschaffung der Beteiligungs- und Klagerechte ist für den NABU ein absolutes No-Go. Vielmehr ist es aber sehr erstrebenswert, wenn durch qualitativ hochwertige Planungs-, Beteiligungs- und Genehmigungsprozesse, Klagen weniger notwendig wären. Da die Klagerechte der Umsetzung des Artenschutzrechts dienen, sind sie nötig, so lange ein Umsetzungsdefizit im Artenschutzrecht erkennbar ist.

Wahlprüfstein IX: Naturschutzverwaltung

Eines der größten Probleme im Natur- und Umweltschutz ist das enorme Vollzugsdefizit. Zwar sind die vorhandenen Gesetzgebungen und Regelungen sehr gut, der Vollzug liegt aber oftmals im Argen. So kam auch der EU-Fitnesscheck zur FFH-Richtlinie zu dem Ergebnis, dass die Richtlinie ein grundsätzlich gut geeignetes Instrument ist, die Naturschutzziele zu erreichen, es aber an der Umsetzung mangelt. Zuständig für den Vollzug der Naturschutzrichtlinien sind auch in Rheinland-Pfalz die Naturschutzverwaltungen. Seit vielen Jahren geht die Personalausstattung der Verwaltung in Rheinland-Pfalz jedoch zurück. Das Landesamt für Umwelt steht im deutschlandweiten Vergleich sogar auf dem zweitletzten Platz, wenn es um die Personalausstattung geht.

34. Wie will Ihre Partei die Personalsituation in den Naturschutzverwaltungen verbessern?

Antwort der Die PARTEI Rheinland-Pfalz: Die PARTEI muss im Falle einer Regierungsverantwortung zuerst Dutzende externe Berater nach Vorbild des Bundesverteidigungsministeriums einstellen, um in dieser Frage eine Lösung zu finden.



NABU-Fazit

Für die rheinland-pfälzischen Behörden ist ein Personalentwicklungsprogramm umzusetzen. Dies beinhaltet Konzepte zur Ausbildung, um qualifiziertes Personal auch in Zukunft binden zu können, sowie die Schaffung neuer Stellen. Insbesondere das Landesamt für Umwelt, die Oberen, sowie die Unteren Naturschutzbehörden leiden an einem massiven Personalmangel. Um dem bestehenden Umsetzungsdefizit im Naturschutz entgegenzuwirken ist eine deutliche Personalaufstockung nötig.

Wahlprüfstein X: Würdigung des Ehrenamtes

Ohne das Engagement der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer wäre es um die wildlebenden Pflanzen und Tiere mit ihren Lebensräumen schlecht bestellt. Die Herausforderungen im Arten- und Klimaschutz können nur unter aktiver Beteiligung einer engagierten Öffentlichkeit bewältigt werden.

35. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um das ehrenamtliche Engagement zu fördern?



NABU-Fazit

Es wird explizit begrüßt, dass immer wieder Projekte zur Förderung des Ehrenamtes unterstützt werden. Diese gilt es künftig weiter auszubauen. Dabei ist bei der Entscheidung über Förderzeiträume zu beachten, dass die langfristige Aktivierung und Förderung von dauerhaften ehrenamtlichen Strukturen viel Zeit benötigt, insbesondere an Stellen, wo bislang noch keine oder nur wenige Strukturen vorhanden sind.

36. Wie wollen Sie das Engagement künftig mehr würdigen?



NABU-Fazit

Ehrenamt im Naturschutz hat in der Vergangenheit zunehmend wichtige Aufgaben des Landes übernommen, gleichzeitig wurde dies nicht immer mit einer gesteigerten Wertschätzung honoriert. Zwar existieren Wertschätzungsmechanismen des Landes, die auch begrüßt werden, im täglichen Umgang erfahren ehrenamtlich Tätige aber zunehmend das Gegenteil, auch seitens der Politik. Diese Diskrepanz zwischen herausgehobener Würdigung und täglichem Umgang muss dringend abgebaut werden.

Antworten der Die PARTEI Rheinland-Pfalz auf die Fragen 35 und 36: Da auch wir ehrenamtlich für Die PARTEI tätig sind, wissen wir um den Wert dieses Engagements. Für uns ist es wie unser Baby, entsprechend schlagen wir eine bezahlte Elternzeit für ehrenamtliche Lebensabschnitte vor. Doch Geld ist nicht alles: Nach dem Erfolg in der Pflegebranche möchten wir Applaus verpflichtend im Ehrenamt einführen, ideal durch BürgermeisterX jeden Freitagabend.